

P r o t o k o l l

über die öffentliche Landtagssitzung vom 27. Oktober 1938

Beginn nachmittags 4 Uhr.

Abwesend Abg. Dr. Schädler

Regierungsvertreter Reg. Chef Dr. Hoop

Schriftführer Gassner.

1. Rechenschaftsbericht der Regierung pro 1937.

Präsident: Es war bisher Übung, den Rechenschaftsberichts der Geschäftsprüfungskommission zu überweisen und wie die Konferenz bereits dargetan hat, ist man mit dieser Erledigung einverstanden. Ich möchte empfehlen, auf diesen Vorschlag der Behandlung einzugehen.

Reg. Chef: Ich möchte empfehlen, dass die Herren Abgeordneten sich den Bericht durchsehen und dann bei der Behandlung des Geschäftsprüfungskommissio~~n~~sberichtes darauf zurückkommen. Werden dann Aufklärungen gewünscht, werden wir solche gerne geben.

Präsident: Ich stelle somit den Antrag der FK. zur Abstimmung, dass der Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission überwiesen werden soll.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Präsident: Wir hätten nun noch die Geschäftsprüfungskommission zu bestellen. Nachdem der Landtag gegen Schluss seiner Amtsperiode hinsteuert, möchte ich empfehlen, diese nicht neu zu bestellen, sondern die Mitglieder der alten Kommission weiter damit zu betrauen.

Die alte Geschäftsprüfungskommission, bestehend aus den Abgeordneten Emil Batliner, Ferdi Risch und Basil, Vögt, wird wieder mehrheitlich für das Jahr 1938 bestellt.

Präsident: Ich möchte die Kommission ersuchen, sich möglichst schnell zu konstituieren und die Arbeiten in Angriff zu nehmen, dass der Bericht baldigst zu Händen des Landtages gelangt.

2. Gesuch der Gemeinde Gamprin um Uebernahme der Rheinbaukosten.

Präsident: Das Gesuch liegt schon seit Ende des letzten Jahres vor. Die Behandlung erfolgte bisan nicht einerseits wegen der Sonderheit des Inhaltes und andererseits wegen Ueberprüfung der Finanzlage der Gemeinde. (Das Gesuch der Gemeinde Gamprin wird verlesen)

Das Gesuch ist auch an die Revisionsstelle der Gemeinderechnungen

ergangen und es ist aus dem Berichte äärselben ersichtlich, dass tatsächlich die Ausgaben der Gemeinde gegenüber den Einnahmen stärker sind, d.h., dass die Finanzwirtschaft der Gemeinde passiv ist. Die FK. hat den Antrag gestellt, es sei aus Gründen der Konsequenz nicht zu verantworten, das Gesuch in dem gewünschten Sinn zu erledigen, weil dadurch Vorschub geleistet würde, dass das Land die Rheinbauten der anderen Gemeinden ebenfalls zu 100 % zu übernehmen hätte. Hingegen ist der Gemeinde bereits seitens der Regierung betont worden, es werde in anderer Weise der Finanzlage der Gemeinde Rechnung getragen werden müssen, indem Erwerbsquellen und Einnahmequellen der Gemeinde zugehalten werden müssen.

Hasler: Die Gemeinde hat das Ansuchen gestellt und hat es auch hinreichend begründet. Wir haben eine grosse Strecke am Wuhr zu machen und durch die Neuaufteilung der Gesellschaftssteueranteile ist die Gemeinde schwer ins Hintereffen gekommen. Früher sind die Rheinbauten durch die Bürger selber ausgeführt worden, heute macht es das Land und die Gemeinden werden damit belastet, das drückt schwer auf die Gemeinde. Ich möchte empfehlen, dem Gesuche stattzugeben.

Präsident: Es ist verständlich, dass der Vertreter der Gemeinde das Ansuchen unterstützt, hingegen wird sich auch der Abg. Hasler den Konsequenzen nicht verschliessen können. Wenn einzelne Gemeinden auch mit dem Rhein etwas stark belastet sind, so sind andere Gemeinden wieder mit Auslagen für Rufen usw. mehr belastet. Es besteht für die Gemeinde Gamprin eine starke Wuhrbelastung, aber geschichtlich ist es eine Vereinbarung mit der Gemeinde Mauren, wenn ich recht orientiert bin. Zu mindst hat sich der Schlüssel der Rheinbaukostenbelastung so historisch herausentwickelt und ist immer so gehandhabt worden. Ich lasse nun abstimmen über die 2 Anträge der Gemeinde und der FK.

Der Antrag der Gemeinde fällt mit einer Stimme gegenüber dem Antrage der FK. auf Abweisung des Gesuches aus Konsequenzgründen, welchem Antrage mehrheitlich zugestimmt wird.

3. Gesuch der Gemeinde Ruggell um eine erhöhte Subvention für den Schulhausneubau.

Präsident: Der Gemeinde Ruggell ist schon seit Jahren nahegelegt

worden, die unhaltbaren Verhältnisse durch einen Um- oder Neubau abzuheilen. Sie hat denn auch in grossherziger Weise den Beschluss gefasst, ein neues Schulgebäude zu errichten und damit ein Lokal für Gemeindeversammlungen einzubauen, der als Turnsaal zu dienen hat. Ebenso hat sie auch 2 Lehrerwohnungen einbauen lassen. Die 30% der Arbeitslöhne stehen der Gemeinde auf Grund des Landtagsbeschlusses zu und die Gemeinde Ruggell ersucht nun, es möchten ihr in Anbetracht des öffentlichen Zweckes 30% der Bausumme subventioniert werden. Regierung und Fk. haben den Antrag auf Ausrichtung einer 30%igen Subvention an die Arbeitslöhne gestellt. Andererseits hat die Konferenz heute unter der Begründung, dass es ein Schulhausbau sei, den Antrag gestellt, es möchte diese Subvention erhöht werden auf 25% der effektiven Bausumme abzüglich des Baugrundes, der von der Gemeinde beigestellt wird.

Hoop: Ich möchte ersuchen, dass auf das Ansuchen der Gemeinde eingegangen wird. Wir haben viel Arbeiten ausgeführt und dadurch den Landesarbeitsmarkt stark entlastet.

Präsident: Demgegenüber muss betont werden der Rückgang der öffentlichen Einnahmen, der heute dem Lande eine grosse Sparsamkeit auferlegt.

Beck Wend.: Ich habe nichts einzuwenden, wenn hierfür 30% der Arbeitslöhne ausgeschüttet werden. Wie steht es aber, wenn von Seite Triesenberg's ein ähnliches Ansuchen gestellt wird, bezgl. des Kirchenbaues. Die Kirche hat auch ein^{en} öffentlichen Charakter, wie eine Schule, Ich möchte hierüber Aufschluss.

Präsident: Ich glaube, dass die Beantwortung der Frage gerechtfertigt wäre, wenn ein bezgl. Gesuch vorliegt.

Ospelt: In Vaduz waren die Unterlagen für den Schulhausbau ungünstiger, aber dennoch möchte ich eine 30%ige Subvention für das Schulhaus empfehlen.

Reg. Chef: Ich möchte auf die Anfrage des Abg. Wehd. Beck zurückkommen und bemerken, dass die Höhe der Subvention, um welche allenfalls angezucht wird, von der Lage der Landesfinanzen in dem Zeitpunkt anhängt, da das Ansuchen gestellt wird. Leider können wir für die Subventionen keinen einheitlichen Schlüssel aufstellen, da ein Subventionsfond fehlt. Wenn die Finanzlage des Landes günstiger ist, kann mehr gegeben werden, als sonst. 127 haben wir bei

den einzelnen Bauten gesehen, so hat z.B. Schellenberg nur 13 %, Vaduz 30% und jetzt ~~MMH~~ Ruggell 25% bekommen. Es kann auch heute bei der nicht vorauszusehenden Entwicklung nicht zum voraus gesagt werden, wieviel die Subvention in einem halben Jahre beträgt.

Beck Joh.: Auf unser Gesuch sind uns 30% der Arbeitslöhne zugesichert worden. Wir möchten ersuchen, dass man uns an den Kirchenbau auch mehr gibt, als die 30% an die Arbeitslöhne.

Präsident: Die Beantwortung der Frage wird dann möglich sein, wenn ein entsprechendes Gesuch vorliegt. Ich möchte den Antrag der Konferenz auf Ausrichtung einer 25%igen Subvention an die Baukosten empfehlen und wir bringen ihn zur Abstimmung.

Der Antrag wird mit Stimmenthaltung des Abg. Hoop einstimmig angenommen.

4. Gesuch des Adalbert Kindle, Triesen um Beihilfe zur Errichtung einer Weizenmühle.

Präsident: Es ergeht das Ersuchen, es möchte in der Mühle eine Weizenmühle eingebaut werden, so dass sie dem wirtschaftlichen Betriebe im Lande genügt. Zu diesem Zwecke möchte Herr Kindle direkt und indirekt die Summe von Frs. 52,000.-, nämlich Fr. 10,000 als Bausubvention, Fr. 20,000 möchte er von der Sparkasse und 3. sollte das Lawenawerk den Reservoir umgestalten, das ebenfalls Fr. 22,000 kostet. (Das Gesuch wird verlesen).

Präsident: Regierung und FK. haben Stellung genommen und sind zum Schlusse gekommen, dass mit Rücksicht auf den Umstand, dass zur Sicherung einer privaten Existenz Fr. 52,000.- sollen geleistet werden, das Ansuchen abzulehnen sei. Man ist sich auch bewusst, dass ein Entgegenkommen dieser Art zur Folge haben würde, dass ähnliche Ansuchen von verschiedenen Betrieben gestellt würden, so dass das Land nicht in der Lage wäre, sie zu befriedigen. Ich stelle den Antrag der FK. zur Abstimmung, dass in Anbetracht der zu gewärtigenden Konsequenzen im Wirtschaftsleben dem Gesuche nicht zu entsprechen sei.

Das Gesuch wird einstimmig abgelehnt.

5. Gesuch des Gustav Biedermann, Schaan um einen Landesbeitrag für seine Badeanstalt zur Abgabe verbilligter Badekarten.

Der Landtag stimmt dem Antrage der FK. auf Ausrichtung einer

Subvention von Frs. 500.- für 1938, wie dies für 1937 gewährt worden ist, ~~MMM~~ unter Berücksichtigung der volksgesundheitlichen Vorteile mehrheitlich zu.

6. Gesuch der Basler Lebensversicherungsgesellschaft um Nachlass der 4%igen Steuerumlage.

Präsident: Die Gesellschaft ersucht um Nachlass der Steuerumlage oder doch um die Bewilligung, dieselbe auf die Versicherten umzulegen. (Das Gesuch wird verlesen). Diese Steuer wird erhoben aufgrund des letzten Jahres gefassten Landtagsbeschlusses. Es ist dies eine Einnahme von ca. Frs. 20,000 jährlich. Das Land wird wohl angesichts der Finanzlage kaum darauf verzichten können. Die Versicherung hat diese oder jene Möglichkeit, so oder anders ein Arrangement zu treffen und so beantragt die FK¹ das Gesuch abzulehnen und es beim alten Beschlusse des Landtages zu belassen.

Der Landtag beschliesst sodann einstimmig, auf diese 4%ige Steuer nicht verzichten zu können und andererseits dürfe diese Belastung nicht auf die Versicherungsnehmer umgelegt werden.

7. Löschung alter eingetragener Gulden- & Kronenschulden auf Hypotheken.

Präsident: Es ist im Landtage die Anregung gefallen, es möchte ein bezgl. Gesetz geschaffen werden, weil sich der heutige Zustand als löstig erweist und wirtschaftlich ungünstig ist, dass ein Teil unseres Besitzes mit alten Kronenschulden belastet ist. Die Gulden und Kronen haben aufgehört zu existieren und dennoch ist eine juristische Belastung vorhanden. Bis jetzt war es üblich, dass derjenige, der die Löschung bewilligte, auch die Löschungstaxe zu bezahlen hatte. Im vorliegenden Falle hat der Gläubiger insoweit kein Interesse, weil er vielfach nicht mehr existiert und nicht mehr auffindbar ist. Die FK. ist der Ansicht, es möchte anstatt dem Gläubiger dem Schuldner eine gewisse Taxe für die Löschung auferlegt werden und zwar in dem Sinn, dass für jede Löschung eine Grundgebührt von Frs. 2 und für jedes beginnende Tausend der Kronen 1 Frs. zugeschlagen wird. Für ~~MMM~~ 1000 Gulden wären es also Fr. 2. Dieser Zuschlag und diese Grundgebührt soll erhoben werden, weil dem Lande ein vermehrte Arbeit erwächst,

Der Landtag stimmt sodann einstimmig dem Antrage der FK. zu, welcher beinhaltet, die Regierung wird beauftragt, einen formellen Gesetzesentwurf auf dieser Basis auszuarbeiten, da, it es ermöglicht werde, diese alten Gulden- und Kronenschulden löschen zu können.

8. Bundesratsbeschluss betr. Massnahmen gegen staatsgefährliches Propagandamaterial vom 27. Mai 1938.

Der Bundesratsbeschluss wird vom Landtage zur Kenntnis genommen, und gemäss des Zollvertrages mit der Schweiz als für Liechtenstein anwendbar erklärt und die Regierung mit der Veröffentlichung des Bundesratsbeschlusses beauftragt.

9. Vergleich Dr. W. Beck.

Dieser Punkt wird zurückgestellt, weil die Regierung noch mit Dr. Ritter wegen Zahlungsmöglichkeiten verhandeln soll.

10. Beschlussfassung betr. Bau der Escheregulierung.

Präsident: Die Angelegenheit ist bereits in der Konferenz durchbesprochen worden. Mit den interessierten Gemeinden fand eine Aussprache statt, die eine Einigung in der Uebernahme der Kosten herbeiführte. Die Gemeinden übernehmen 50% der Bausumme von ca. Frs. 100,000 abzüglich 5% für die Brückenbauren. Demnach hätten die Gemeinde Gamprin rund 15,000, Eschen rund 46,000 und Mauren rund 34,000 Frs. zu bezahlen. Der Landtag hat bereits in der letzten Konferenzsitzung vorbehaltlich der Bereinigung mit den Gemeinden dem Projekte zugestimmt und die Arbeit ist bereits einem Unternehmer zuerkannt worden, sofern kein Einspruch erhoben wird.

Beck Wend: Ich möchte darauf hinweisen, dass seitens des Tunnelbaukomitees an den Landtag eine Eingabe gemacht worden ist, worin der Wunsch ausgedrückt worden ist, es möchte zugleich mit der Inangriffnahme der Eschen auch das Tunnel ernstlich gefördert werden. Ich möchte verhindern, dass das Wort Tunnelbau bei den kommenden Wahlen wieder geschlagen wird. Die Regierung möchte darauf drängen, dass die Finanzierung demnächst sichergestellt wird und mit dem Bau Ernst gemacht werden kann.

Reg. Chef: Das Tunnelbaukomitee hat gewisse Modalitäten der Finanzierung vorgeschlagen, die unsererseits geprüft worden sind. Wir haben nicht verfehlt, in diesem Sinne Versuche zu unternehmen. Die Angelegenheit ist noch nicht soweit gediehen, dass heute etwas Bestimmtes darüber gesagt werden kann. Ich bitte den Abg. Beck, überzeugt sein zu wollen, dass wir das Möglichste tun werden. Im übrigen kann ich wohl behaupten, dass wenn nicht die Ereignisse im heurigen Frühjahr Hindernisse in den Weg gestellt hätten, der Tunnelbau heute schon in Verwirklichung stünde. Dieses Ereignis, dessen Folgen auch dem Abg. Beck bekannt sind, hat uns eine gewisse Zurückhaltung auferlegt.

Marxer: Ich möchte bitten, dass der Eschebau recht schnell in Angriff genommen wird.

Risch ferdi: fragt an, wie weit die Scheidgrabenangelegenheit gediehen sei.

Präsident betont, dass eine Einigung über die Führung bis an sich nicht erzielt werden konnte, wodurch die Verzögerung eintrete.

Risch Ferdib bemerkt, dass sie nun notgedrungen mit dem von der Regierung vorgeschlagenen Projekte befreundet und verlangen müsse, dass parallel mit der Escheregulierung auch die Scheidgrabenregulierung in Angriff genommen werde.

Präsident MM gibt seiner Freude Ausdruck, dass die Gemeinde Schaan ihren Standpunkt geändert habe und es werden die nächste Zeit die Gemeinden zusammenberufen und die Sache in Angriff genommen werden können.

Risch Ferdi bedauert, dass nicht das bessere Projekt zur Ausführung komme, sie müssten notgedrungen dem anderen nun beistimmen, was die Regierung zur Kenntnis nehmen wolle.

Reg. Chef: Es freut mich, das zu hören und dadurch sind die Verhandlungen erleichtert. Wie stellt sich die Gemeinde Vauz dazu?

Ospelt: Die Gemeinde Vaduz hat von jeher der Scheidgrabenregulierung das grösste Interesse bekundet. Infolge des Widerstandes von Eschen und Mauren hat sich die Gemeinde Vaduz mit dieser Lösung einverstanden erklärt.

Heidegger: Ich möchte, dass man auch die Triesner nicht ganz vergisst. Der Kanal ist eine beschlossene Sache und wir Triesner verkaufen dennoch. Man sollte den Kanal nicht aus dem Auge lassen und ihn vorwärts führen. Da kommen immer mehr Projekte und wir Triesner verkaufen dort oben.

Präsident: Wir haben den Kanal im Laufe des Sommers weit vorwärts getrieben. Mit den Voarbeiten stehen zwischen Vaduz und Schaan. Damit ist immerhin bewiesen, dass man den Kanal vorwärts führt.

Heidegger: Es ist viel geschaffen worden, aber wenn die Bagger zu diesen Arbeiten vom Kanal weggenommen werden sollten, erleidet doch der Kanal eine Verzögerung.

Präsident: Es ist nicht geplant, die Bagger wegzunehmen, sondern der Aushaub bei der Escheerfolgt von Hand, da es gleich teuer zu stehen kommt. Für den Baggerbetrieb müssten grosse Vorkehrungen getroffen werden, die sich nicht lohnen.

Risch Ferdi: Ich begreife das Interesse Heideggers am Kanal. Man muss aber den Bau des Scheidgrabens forcieren. Wir Schaaner haben nach Eschen bei der Kanalabstimmung das grösste Interesse bewiesen und es kann auch in Schaan zwanzigmal Mehr kulturfähiges Land gewonnen werden, als in Triesen. Es ist nicht mehr zu früh, wenn mit dem Bau des Scheidgrabens begonnen wird.

Präsident: Damit dürfte die Debatte über die Escheregulierung als abgeschlossen gelten.

11. Wiedereinbürgerung des Peter Beck, Amerlügen.

Präsident: Der Grossvater von Peter Beck ist seinerzeit von Triesenberg nach Vorarlberg ausgewandert und hat die österreichische Staatsbürgerschaft erworben. Die Familie erscheint nach unserem Gesetze als ausgebürgert, nachdem die Ausweispapiere nicht innert der gesetzlichen Frist erneuert worden sind. Das neue Gesetz sieht eine Wiedereinbürgerung nur vor, wenn der Gesuchsteller im Lande Wohnsitz hat oder besonderer Verhältnisse halber gezwungen war auf das Bürgerrecht zu verzichten, unter der Voraussetzung, dass der Gesuchsteller innerhalb von 10 Jahren nach der Rückkehr nach Liechtenstein einen solchen Antrag stellt. Der

Der Gemeindeversammlungsbeschluss ist mit zu wenig Rücksichtnahme auf das geltende Gesetz gefasst worden und dieser Beschluss kann gesetzesmässig nicht geschützt werden. Beck ist also durch diese Sachlage gezwungen, wie ein Ausländer um die liecht. Staatsbürgerschaft anzusuchen und die üblichen Gebühren zu bezahlen. Dann hätte der Landtag zu befinden über dessen Aufnahme. Ich stelle daher den Antrag, dass der Beschluss der Gemeinde Triesenberg nicht zu schützen sei und der Landtag auf dieses Gesuch nicht eintreten könne.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

12. Prüfung der Gemeindevoranschläge.

Präsident: Die Gemeindevoranschläge für 1937 sind von den Gemeinden vorgelegt worden. Durch das Gesetz ist die Prüfung durch den Landesausschuss vorgesehen. Nachdem aber dieser praktisch durch die heutige Praxis verschwunden ist und der Landtag in Permanenz tagt, möge man dem Antrag der FK. zustimmen, die Regierung möge diese Gemeindevoranschläge prüfen und genehmigen.

Der Antrag der FK. wird einstimmig gutgeheissen.

Präsident: Es wäre noch eine Eingabe der Lehrerschaft zu behandeln, doch soll die Sache vorerst noch durch persönliche Fühlungnahme mit der Lehrerschaft eine Abklärung erfahren.

Elkuch: wünscht die Inangriffnahme der vorgesehenen neuen Strasse auf den Schellenberg, da die derzeitigen Strassenverhältnisse für den Fahrzeugverkehr unzulänglich seien.

Präsident sieht in nächster Zeit einen Augenschein vor. Ein generelles Projekt liege noch nicht vor. Bezüglich kleinerer Strassenverbesserungen am Schellenberg werde demnächst an Ort und Stelle die Sache besichtigt.

Hasler: Bisher sei die Hauptstrasse nach dem Schellenberg über Gamprin gegangen und es wäre daher die Frage zu diskutieren, ob nicht wie bisan auch über Gamprin die Hauptstrasse auf den Schellenberg geführt werden soll.

Elkuch: Die Strasse über Gamprin nach Schellenberg liegt ganz schattig und wir sollten eine von Mauren her, wo es sonniger ist, haben. Dass die Strasse über Gamprin geregelt werde, bin ich auch dafür.

Schluss der Sitzung 6 Uhr.